

17. März 2010

"Es ist die Waffe des kleinen Mannes"

BZ-INTERVIEW mit Andreas Ruder über die Baugenehmigung für German Pellets und sein Anrufen des Petitionsausschusses.



Der Mahlberger Stadtrat Andreas Ruder will mit seiner Petition erreichen, dass Behörden über einige Entscheidungen im Baugenehmigungsverfahren für German Pellets neu nachdenken. Foto: Klaus Fischer

ETTENHEIM/MAHLBERG. Im Juni 2007 wurde von vier Mahlberger und Ettenheimer Bürgern der Petitionsausschuss des Landtages angerufen, weil sie ihre Rechte bei Fragen zu Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen im Genehmigungsverfahren für den Bau eines Pelletswerkes auf Dyn A 5 nicht ausreichend berücksichtigt sahen. Sie glauben, dass Landesbehörden (Regierungspräsidium und Landratsamt) und die Baurechtsbehörde der Stadt Ettenheim bei der Baugenehmigung Fehler gemacht haben. Der Petitionsausschuss soll dies prüfen.

Der Petitionsausschuss hat das Recht auf Vorlage sämtlicher Genehmigungsakten, auf Auskunft und Zutritt zu den Behörden, was dem Petenten – also den Antragstellern – in dieser Tiefe nicht erlaubt ist. Seit das Petitionsverfahren in Gang gesetzt ist, muss es auch als Begründung für Verzögerungen bei beinahe allen baurechtlichen Entscheidungen auf DYN A 5 herhalten. BZ-Redakteur Klaus Fischer wollte von Andreas Ruder, einem der vier Petenten, unter anderem wissen, wann er mit einer Entscheidung des Petitionsausschusses rechnet.

BZ: Herr Ruder, fast drei Jahre läuft nun das mit von Ihnen ins Rollen gebrachte Verfahren. Wie ist denn der aktuelle Sachstand?

Andreas Ruder: Da wissen Sie oder vielleicht auch die Bürgermeister von Ettenheim und Mahlberg mehr als ich. Vier Personen, darunter ich, haben am 20. Juni 2007 eine Petition schriftlich verfasst. Jeder von uns hat die ihm wichtigen Problemstellungen darin benannt. Dann ging der Schriftsatz per Einschreiben an den Petitionsausschuss des Landtags. Der Eingang wurde uns postwendend bestätigt. Seither haben wir vom Petitionsausschuss nichts mehr gehört.

"Der Ausschuss macht seine

Arbeit offenbar gründlich."

BZ: Fast drei Jahre Funkstille. Werten Sie das als gutes Zeichen?

Ruder: Sagen wir mal so, der Ausschuss macht seine Arbeit offensichtlich gründlich. Denn er muss natürlich von allen zuständigen Behörden und Ministerien Stellungnahmen einfordern, womöglich auch noch nachfragen und gegebenenfalls eigene Gutachten zu komplexen Fragestellungen einholen. Das dies allerdings so lange dauern könnte, habe ich als Petent auch nicht erwartet.

BZ: Ettenheims Bürgermeister Bruno Metz, zugleich Zweckverbandsvorsitzender von DYN A 5, hat nicht nur einmal betont, dass durch nachträgliche Eingaben die Petition erweitert worden sei und dadurch das Verfahren verzögert werde.

Ruder: Nun, es gibt inzwischen ja eine zweite Petition mit ähnlicher Zielrichtung. Auch wenn diese, wie zu lesen war, von den Antragstellern eigentlich nicht als solche gedacht war. In dieses Verfahren kam ja kürzlich Bewegung. Richtig ist aber auch, ich persönlich habe meine Eingabe an den Petitionsausschuss vom Juni 2007 danach noch um zwei Punkte ergänzt.

BZ: Und um welche?

Ruder: Darin geht es zum einen um eine Antwort auf die Frage, wie es zur Baugenehmigung von German Pellets überhaupt kommen konnte, wo es doch für das Gelände, auf dem die Firma gebaut hat, noch nicht einmal einen rechtsgültigen Bebauungsplan gibt. Und zweitens halte ich die Satzung des Zweckverbandes für schlecht ausgehandelt, denn es fehlt bei Firmenansiedlung die Notwendigkeit der Einstimmigkeit.

BZ: Wie meinen Sie das?

Ruder: Mit der Stimmenmehrheit von Ettenheim in der Verbandsversammlung (4:3 pro Ettenheim, Anm. der Red.) kann eine Firma beispielsweise auf Mahlberger Gemarkung im Verbandsgebiet auch gegen den ausdrücklichen Willen von Mahlberg angesiedelt werden. Gerade bei der Ansiedlung von emittierenden Großprojekten, wie beispielsweise einem Biomasseheizkraftwerk, sollte aber nur einstimmig beschlossen werden dürfen. Im konkreten Fall Biomasseheizkraftwerk hat uns da Ettenheim mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids Gott sei dank gerettet.

BZ: Was hat denn nun aber den Anstoß für die eigentliche Petition im Juni 2007 gegeben?

Ruder: Im Grunde war es die Gleichgültigkeit, mit der die Behörden den Beschwerden von Bürgern begegnet sind und wie sie über Monate beharrlich dagegen wehrten, etwas gegen die Belästigung durch Lärm, Staub und Geruch zu unternehmen. Das Unternehmen konnte im Dezember 2006 ohne Einschränkungen die Produktion aufnehmen, obwohl Grenzwerte etwa für Lärm überschritten wurden. Und was damals unsere große Sorge war: das Unternehmen sprach ständig über Erweiterungsstufen. Ich hatte den Eindruck, dass die Kritik von den Bürgern von den Behörden weiter übergangen wird. Weder Unternehmen, noch Behörden schienen zur Selbstkritik fähig. Da blieb nur der Weg über eine Petition.

BZ: Sie hätten aber auch klagen können?

Ruder: Sicherlich. Aber der Klageweg hätte für uns ein sehr kostspieliges Verfahren bedeutet: Auf der einen Seite das Unternehmen mit seinen Anwälten und die Behörden mit ihren Rechtsabteilungen, auf

der anderen einfache Bürger mit einer Klage, für die nicht klar war, ob bei einer Klage auch ein Rechtsschutz bestanden hätte. Der Petitionsausschuss ist hier die Waffe des kleinen Mannes. Dass eine Entscheidung auf diesem Weg mehr Zeit braucht und der Ausgang ungewiss ist, weil sie auch politisch motiviert sein kann, mussten wir vier akzeptieren. Ich wollte mir aber nicht vorwerfen lassen, in einer Sache, die ich nicht in Ordnung finde, untätig zu sein. Mein Ziel ist: Der Landtag soll intervenieren oder zumindest für ein Nachdenken bei Landratsamts und Stadt Ettenheim sorgen. Die Reaktion in den Ministerien und Behörden auf die Petition hat ja gezeigt, dass es auch bei den Behörden offenbar noch Klärungsbedarf gibt bei einigen Fragen, die schon eindeutig beantwortet schienen.

"Auch bei den Behörden

**gibt es noch
Klärungsbedarf."**

BZ: Aber für ein Zurück bei der Baugenehmigung ist es doch inzwischen zu spät. Die Firma steht und produziert.

Ruder: Ja, es sind Fakten geschaffen. Aber festhalten muss man auch, dass durch die Petition schon einige Dinge ins Rollen gekommen sind, und zwar positiv für die Menschen. Es hat in der Tat inzwischen Verbesserungen an der Anlage gegeben, die aber noch nicht ausreichend sind. Und die Behörden scheinen inzwischen wacher zu sein als zuvor.

BZ: Sie sehen das als Ihr Verdienst.

Ruder: Nun es hat als Reaktion Einsichten bei den Behörden gegeben, dass bei ihnen einiges schief lief. Und auch Herr Metz hat erkannt, dass German Pellets in seiner jetzigen Ausbaustufe schon neun Zehntel der erlaubten Emissionen für das gesamte DYN A5 Gelände auffrisst. Er selbst sagt, dass der Bau einer zweiten Produktionslinie der Firma so nicht mehr möglich ist. German Pellets hat den Zweckverband in eine schwierige Situation gebracht. Eine weitere Vermarktung von Flächen ist unheimlich schwierig. Doch dies haben nicht die Bürgerinitiative oder die Petenten zu verantworten, wie schon behauptet wurde, sondern German Pellets. So wie die Lage dort draußen ist, können wir, überspitzt gesagt, nur noch Ententeiche anlegen.

BZ: Es geht Ihnen also auch um die Auswirkung auf die Lärmkontingente für das Gesamtareal und den noch nicht rechtsgültigen Bebauungsplan Rittmatten II, der irgendwann kommen soll.

Ruder: Richtig. Als ein Ergebnis der Petition erwarte ich auch, dass die Diskussion im Zweckverband und bei den Behörden jetzt mit mehr Sensibilität und mehr Rücksichtnahme auf die Menschen geführt wird. Festzuhalten ist aber auch: Wenn über den Bebauungsplan für Rittmatten II diskutiert wird, gilt im Zweckverband laut Satzung das Einstimmigkeitsprinzip. Das heißt: Nur mit Zustimmung von Mahlberg kann ein Bebauungsplan verabschiedet werden.

BZ: Dann sind Sie auf der sicheren Seite?

Ruder: Ja, das sehe ich so. Dennoch gibt es den Versuch, den Beschluss des Gemeinderats Mahlberg aus dem Jahr 1994, der den Bereich Kronenstraße in Orschweier von einem Mischgebiet in ein allgemeines Wohngebiet umgewandelt hat, wieder zu kippen. Denn das würde sich positiv auf Lärmgrenzwerte – in diesem Fall höhere – auf Rittmatten II auswirken. Das würde aber gegen den Willen von Mahlberg nur über ein sogenanntes Normenkontrollverfahren gehen. Dafür ist aber eigentlich die Frist längst abgelaufen. Sollte das dennoch versucht werden, würde das das Verhältnis zwischen Mahlberg und Ettenheim arg belasten. Ich gehe aber davon aus, dass niemand eine solche Belastung will.

ANDREAS RUDER

Der 47-Jährige Andreas Ruder wurde im Herbst 1999 als Parteiloser auf der CDU-Liste in den Ortschaftsrat Orschweier und den Gemeinderat Mahlberg gewählt und sitzt seither in beiden Gremien. Seit der Kommunalwahl im Juni des vergangenen Jahres ist er auch einer von drei Vertretern Mahlbergs in der Zweckverbandsversammlung DYN A 5. Andreas Ruder ist Volljurist und Abteilungsleiter in der Justizvollzugsanstalt Freiburg.